PRO-GE
DIE PRODUKTIONSGEWERKSCHAFT

PRO-GE-Position zum Pensionsgipfel am 29. Februar 2016

Wien, am 26. Jänner 2016

Der Bundesvorstand der PRO-GE spricht sich klar gegen jegliche Pensionskürzungen und gegen eine Erhöhung des gesetzlichen Antrittsalters (Stichwort: Pensions-Automatismus) aus. Ebenso erteilt die PRO-GE einer schnelleren Anhebung des Frauenpensionsantrittsalters eine klare Absage.

Der im Regierungsprogramm festgehaltene Pfad zur Anhebung des faktischen Pensionsalters ist dem vereinbarten Zeitplan voraus. So konnte bereits 2015 das vorgenommene Ziel für 2018 von 60,1 Jahren erreicht werden. Das heißt, die getroffenen Maßnahmen wirken. Klar nicht erreicht wurden hingegen die vereinbarten Zielwerte für die Beschäftigungsquote älterer Menschen.

Die ASVG-Pensionen sind aus Sicht der PRO-GE auch in Zukunft gut finanzierbar. Alle längerfristigen Prognosen zeigen, dass die Gesamtkosten (gesetzliche Pensionsversicherung inklusive BeamtInnen) stabil bleiben.

„Arbeitslosigkeit statt Pension“ ist eine schlechte Alternative für die betroffenen Menschen und für den Sozialstaat. Eine Entwicklung wie etwa in Deutschland, mit einer stetig steigenden Altersarmut, werden wir niemals zulassen. Neue mögliche Maßnahmen, die der Sicherung der ASVG-Pensionen und des Umlageverfahrens dienen, können daher nur arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sein.

Beim sogenannten Pensionsgipfel am 29. Februar muss es aus Sicht der Produktionsgewerkschaft vor allem um die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen gehen. Die Arbeitslosigkeit bei älteren Menschen (50 plus) ist in den letzten Jahren massiv gestiegen. Rund 17 Prozent gehen derzeit aus der Arbeitslosigkeit in die Alterspension. Die PRO-GE fordert unter anderem eine Verschärfung des Bonus-Malus-Systems mit höheren Strafzahlungen und eine höhere Auflösungsabgabe bei Kündigungen.

Bundesvorstand der Gewerkschaft PRO-GE